
Egon Matzner, der optimistische Sisyphus

Rezension von: Günther Chaloupek,
Arne Heise, Gabriele Matzner-Holzer,
Wolfgang Roth (Hrsg.), Sisyphus als
Optimist – Versuche zur zeitgenössischen
politischen Ökonomie – In Memoriam
Egon Matzner, VSA-Verlag, Hamburg
2005, 420 Seiten, € 26,80.

Egon Matzner, der im Herbst 2003 völlig überraschend aus dem Leben gerissen wurde, war – wie die Herausgeber am Ende des Bandes in ihrer Würdigung treffend bemerken – „... einer gängigen beruflich-geistigen Gruppe (...) nur schwer zuzuordnen, denn er verstand sich als sozioökonomischer Forscher mit Blick auf die Gesamtheit der Verhältnisse in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Auch in der Wissenschaftstheorie, Philosophie, Literatur und Kunst suchte und fand er Gesprächspartner und inhaltliche Fundierung. Darüber hinaus war er ein gesellschaftskritischer Denker und ein eminent politisch denkender Mensch“ (S. 412).

Es ist den Herausgebern gelungen, genau diesen Charakter im vorliegenden, ebenso mühe- wie liebevoll zusammengestellten Werk widerzuspiegeln. Dieses will keine Rückschau auf Matzners Werk sein, sondern es versteht sich zu Recht als Kaleidoskop, das Denkanstöße zu der enorm breiten und vielschichtigen Themenpalette präsentiert, welche Matzner behandelte, wobei sich in den Beiträgen auch der Humanismus und der oft unbequeme kritische Geist Matzners wiederfinden.

Naturgemäß ist es unmöglich, hier auf alle 23 Beiträge im Detail und kritisch einzugehen. Vielmehr soll die stichwortartige Darstellung des vielfältigen Themenspektrums einen Anreiz liefern, zwecks ausführlicherer Lektüre zu diesem Buch zu greifen.

Eingangs behandeln Gernot Grabher („The socio-economics of projects: a kaleidoscopic view on temporary organizations“) und Frantisek Novosad („On boundaries and bounds in modernity“) grundlegende wissenschaftspolitische und philosophische Themen. Helfried Bauer kritisiert in seinem Beitrag, dass bei allen Fortschritten bei der Modernisierung des öffentlichen Sektors („NPM“) das öffentliche Finanzmanagement weitgehend ausgespart geblieben ist, und er präsentiert entsprechende Reformansätze, konzentriert auf Finanzausgleichssystem und öffentliches Rechnungswesen.

Thematisch verwandt dazu ist Malcolm Sawyers Analyse der „Private Finance Initiative“ als signifikantes Element des „Dritten Weges“ der Wirtschaft Großbritanniens, welche die Finanzierung und Errichtung von Projekten in Sektoren wie Gesundheit, Erziehung, Transport oder Verteidigung durch private Unternehmen umfasst, die dann von der öffentlichen Hand geleast werden. Er kommt zu dem Schluss, dass die davon erhoffte Entlastung der öffentlichen Hand nur kurz- und mittelfristig eintritt, und auch dies vorwiegend nur aus buchhaltungstechnischen Gründen, während langfristig eher eine Belastung zu erwarten sei. Darüber hinaus zeigt eine detaillierte Bewertung der Risikokosten, dass traditionelle öffentliche Investitionen sogar kostengünstiger seien. Weiters wird die behauptete größere Effizienz in Frage gestellt, da diese in der Regel durch Androhung von Pönalen erzwungen

wird, was aber prinzipiell genauso bei traditionellen öffentlichen Investitionen gehandhabt werden könnte.

Kazimierz Laski und Roman Römisch befassen sich mit dem Zusammenhang von Wachstum und Sparen in den USA auf Basis der Theorie der effektiven Nachfrage. Die generellen von dieser Theorie postulierten Zusammenhänge werden für den Zeitraum 1960-2003 ebenso bestätigt wie der Einfluss der Aktienpreise auf die Sparneigung und damit das BIP-Wachstum. Eine Rezession sei durch die sinkende Investitionsneigung und wegen der – aufgrund der schwächeren *Performance* der Aktienmärkte – steigenden Sparneigung nicht auszuschließen.

Stephan Schulmeister zeigt in einem Vergleich der wichtigsten makroökonomischen Indikatoren, dass die Wachstumsdifferenzen zwischen USA, Deutschland und dem übrigen Euroraum seit 1990 wesentlich auf Faktoren zurückzuführen sind, welche in der dominierenden neoliberalen Sicht ausgeblendet werden, nämlich auf Schwankungen von Aktien-, Wechselkursen und Rohstoffpreisen, auf die Wirkung von Geld- und Fiskalpolitik sowie die Wirkung der Politik auf Einkommensentwicklung, Vertrauen und damit auf die Konsumnachfrage. Deshalb seien auch traditionelle zeitgeistige Diagnosen wie etwa zu hohe Lohnkosten und zu hohes Regulierungsniveau und daraus abgeleitete Therapien essenzielle Elemente der Krise selbst und nicht ihrer Überwindung.

Günther Chaloupek erörtert die Hintergründe des politischen Kurswechsels in Österreich ab dem Jahr 2000, welcher eine deutliche Schwächung der traditionellen Rolle der Sozialpartner beinhaltete, und er stellt die Strategien der Regierung und von Teilen des Unternehmerlagers zur Schwä-

chung der Arbeitnehmer und ihrer Interessenvertretungen dar. Er kommt zu dem Schluss, dass mit einer solchen Politik der Umverteilung der politischen Kräfte die gravierendsten Probleme der heimischen Wirtschaft wie Nachfrageschwäche und Arbeitslosigkeit nicht erfolgreich bewältigt werden können. Eine dazu notwendige Reaktivierung der Sozialpartnerschaft und damit ihrer Stabilisierungs- und Kostensenkungsfunktion sei aber unter einer ÖVP-FPÖ (bzw. BZÖ)-Regierung nicht zu erwarten. Auch eine von manchen als Kompromisslösung gesehene „Sozialpartnerschaft *light*“ oder „*just-in-time*-Sozialpartnerschaft“ (punktueller, themenbezogene Zusammenarbeit ohne das Fundament eines umfassenden gemeinsamen Verständnisses über makroökonomische Zusammenhänge) wäre bloß ein Zwischenstadium im Übergang zu einer Konfrontationsgesellschaft.

Peter Unterwiesing beschreiben die Herausforderungen für die in einer weitgehend neoliberalen Welt in die Defensive gedrängten Gewerkschaften sowie einige der eingeschlagenen Gegenstrategien (hin zu einer Globalisierung mit einer sozialen Dimension à la IAO-Agenda) und auch (Teil-)Erfolge in dieser Richtung. Besonderes Augenmerk wird dabei der problematischen Rolle Chinas gewidmet. Im verhalten optimistischen Ausblick wird besonders auf die Notwendigkeit von Allianzen mit neuen Bewegungen mit ähnlichen Zielen verwiesen. Ähnlich plädiert Ferdinand Lacina in seinem Beitrag „für einen Kapitalismus mit menschlicherem Antlitz“, in welchem er die extremsten Perversionen des Turbokapitalismus und eine Vertrauenskrise als deren Konsequenz beschreibt.

Kurt W. Rothschild befasst sich mit dem Begriff des Wohlfahrtsstaates, an

dessen fast automatische Entwicklung man vor etwa einem halben Jahrhundert zu glauben begann, was aber spätestens vor etwa einem Vierteljahrhundert revidiert werden musste. Rothschilds Analyse des Zusammenspiels von objektiven Rahmenbedingungen sowie Motiven und Handlungen von Menschen und Institutionen kommt zu wenig optimistischen Perspektiven bezüglich einer Rückkehr zur wohlfahrtsstaatlichen Zielsetzung, vor allem dadurch, dass im Kräftedreieck Kapital-Arbeit-Staat eine dramatische Machtverschiebung hin zum transnationalen Kapital- und Finanzsektor stattfand.

Arne Heises Auseinandersetzung mit den Ursachen der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie in einem zunehmend fernseh- und eventgesteuerten Umfeld kommt unter dem Titel „Das Ende der Sozialdemokratie?“ zu ähnlich wenig euphorischen Schlussfolgerungen, obwohl er alternative Handlungsoptionen wie präzisere ideologische Positionierung (Etablierung einer „Marke“) und entsprechende Übersetzung in Regierungshandeln anzubieten hätte, welche allerdings in der mediengesteuerten Gesellschaft nur schwer durchsetzbar seien. Somit verbleibt Heise die vage Hoffnung, dass ein sozialdemokratisch initiiertes neues *Governance*-System in der EU zu einem postkeynesianischen Wohlfahrtsstaat führen könnte.

Birgit Mahnkopf beschreibt den Siegeszug einer angeblich alternativlosen Politik der marktgesteuerten Globalisierung, seit durch den Zusammenbruch des „Realsozialismus“ die Sozialdemokratie ihre Alchimistenrolle verloren hat, nämlich die Angst vor dem Kommunismus in sozialen Fortschritt umzumünzen. Im Mittelpunkt ihrer Erörterungen steht die programmatische Verschiebung in der Gerechtigkeitsde-

batte seit 1990, hin zu „Gerechtigkeit statt Gleichheit“ oder „Durch Ungleichheit zu mehr Gerechtigkeit“, wie auch der Titel ihres Beitrages lautet.

Auch Trautl Brandstaller kommt in ihrer Analyse „Sackgasse ‚Dritter Weg‘“ zu dem Schluss, dass die bislang von der Sozialdemokratie präsentierten Strategien gegen den globalisierten Kapitalismus, gegen die Entstehung einer neuen Klassenstruktur in der Ersten und Zweiten, gegen die Fortdauer von Hunger und Armut in der Dritten Welt und für neue Spielregeln für eine humanere Globalisierung nicht ausreichen werden, um ihren Bedeutungsverlust zu vermindern. Statt dem Dritten Weg sei ein Zweiter Weg, also eine echte Alternative zur aktuellen neoliberalen Politik gefordert.

Die europäische Wirtschaftspolitik ist das Thema Jörg Huffschmids. Er vermisst ein eigenständig europäisches Gesellschaftsmodell und diagnostiziert eine zunehmende Annäherung an das US-amerikanische Modell. Nicht die Zwänge der Globalisierung, sondern die Unfähigkeit und mangelnde Bereitschaft der Politik seien wesentliche Ursache für die deprimierende wirtschaftliche und soziale Lage in Europa. Der Mix aus exzessivem Marktradikalismus, einer restriktiven Makropolitik und strukturpolitischem Minimalismus (zu wenig Mittel für regionale Strukturpolitik) führt zu Ergebnissen, die nicht dem Interesse der Mehrheit der Menschen entsprechen und zu dementsprechenden Akzeptanzproblemen führen.

Huffschmid präsentiert drei Ansätze zur Überwindung dieser problematischen Lage: (i) mehr Realismus bei den Regierungen, wenn diese erkennen, dass der bisherige Weg nationale Alleingänge provoziert und damit eines der Hauptziele des Neoliberalismus,

nämlich steigendes Gewicht der EU auf den Weltmärkten, bedroht; (ii) die Herausbildung einer Avantgarde von Mitgliedstaaten, die sich auf eine bessere Politik im Bereich der gesamtwirtschaftlichen Steuerung, der Sozial-, Struktur- und Regionalpolitik verständigen; (iii) die Verstärkung der politischen Opposition und von sozialen Bewegungen gegen eine Politik, durch die für zunehmende Teile der Gesellschaft so gut wie alle Seiten ihres materiellen und gesellschaftlichen Lebens prekär werden, was eine Verstärkung der Zusammenarbeit traditioneller Organisationen mit neueren Formationen bedingt.

Günther Schmid setzt sich kritisch mit der deutschen „Agenda 2010“ auseinander, wobei er Matzners „Idee Europa“ als Bezugspunkt nimmt. Der Außen- und Sicherheitspolitik gewidmet sind die nachfolgenden Beiträge von Monika Mokre und Sonja Puntcher Riekman über „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik: Wille und Wege“, von Gerald Mader über „Visionen einer europäischen Friedenspolitik“, von Lutz Unterseher über „Europe in Arms: Der militärische Aspekt einer Friedensmacht“ und – österreichbezogen – von Erwin Lanc über „Österreichs Außen- und Sicherheitspolitik, eine Restgröße?“.

Die Probleme, Konsequenzen und Zukunft der (Post-)Transformationsprozesse in mittel- und osteuropäischen Ländern sind Gegenstand der Beiträge von Joze Mencinger („Transition in eastern and central Europe – consequences and future“) und Jan Kregel („The making of global rules“). Heiner Flassbeck („Saving, investment, debt and the transfer problem“), Rune Skarstein („Economic development by means of free trade?“) und Amit Bhardi („Emerging global rules and the

developing countries“) erörtern in der Folge Zusammenhänge zwischen Globalisierung und Entwicklung.

Elmar Altvater arbeitet die Notwendigkeit heraus, der scheinbar unpolitischen Ökonomie der Neoklassik eine „zeitgemäße internationale politische Ökonomie“ gegenüberzusetzen, indem Markt und Macht thematisiert und ihr widersprüchlicher Zusammenhang analysiert werden. Mit Hilfe der weltweiten Vielfalt von Bewegungen und Aktionen könnte eine große kritische polit-ökonomische Debatte dazu beitragen, der „Utopie einer Globalisierung mit menschlichem Maß“ näher zu kommen.

Abschließend entwerfen Maurice Bertrand („A new type of society“) und Chantal Mouffe („Towards a multipolar world order“) ihre Visionen neuer Gesellschaftsformen, bei Bertrand geprägt vom Streben nach Selbstverwirklichung und Kreativität, während bei Mouffe die Notwendigkeit des Übergangs von der aktuellen, unipolar US-dominierten zu einer multipolaren Weltordnung im Mittelpunkt steht. Seit dem 11. September 2001 scheint dieser Unipolarismus gestärkt worden zu sein, womit die Anstrengungen forciert werden müssen, für eine Anerkennung des pluralistischen Charakters der Welt einzutreten. Der Beitrag Europas zu einer demokratischeren und pluralistischeren Welt sollte daher in der Ausarbeitung eines zur USA alternativen Sozial- und Wirtschaftsmodells liegen.

Es liegt auf der Hand dass die verschiedenartigen Beiträge kein konsistentes Bild ergeben. Dies war von den Herausgebern auch gar nicht beabsichtigt. Jedenfalls weisen sie aber als gemeinsames Merkmal auf, nicht den bequemen Weg eingeschlagen zu haben und nicht im *Mainstream* zu schwimmen, getragen von der Über-

zeugung, dass es dringend notwendig ist, Lösungen für eine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der überwiegenden Mehrheit der Weltbevölkerung zu entwickeln.

Natürlich ließen sich bei dieser Fülle zumeist unkonventioneller Beiträge zahlreiche Kritikpunkte zu einzelnen Thesen anführen und Widersprüche herausarbeiten. Doch auch dies ist dem Buch nicht anzulasten, sondern

es liegt in der Intention der Herausgeber, die es im Geiste Matzners als Plädoyer gegen die aktuelle und überhaupt jede ideologische Monokultur verstehen und als Beitrag für einen Diskurs, der heute notwendiger erscheint denn je. Es ist zu hoffen, dass diese wertvolle Fundgrube von originellen Denkanstößen einen breitestmöglichen Leserkreis findet, um so als Katalysator für diesen Diskurs wirken zu können.

Thomas Delapina